

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/200

22. Oktober 1970

Bildungsaufgaben haben Vorrang

Ungleichheit der Chancen muß beseitigt werden

Von Willy Brandt
Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender

Seite 1 / 32 Zeilen

Die Aussöhnung mit Polen

Historische Bedeutung einer Notwendigkeit

Von Herbert Wehner
Stellv. Vorsitzender der SPD und SPD-
Fraktionsvorsitzender

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Die DDR und die Friedenspolitik

Eine Analyse der Taktik der Ostberliner
Regierung

Von Kurt Matzick SPD-MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Aus-
schusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 77 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Status von Berlin

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister von Berlin
Anhang/Seite 7 und 8 (3. Fortsetzung)

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kurz informiert

"Mehr Demokratie gewagt"
Ein Wort zur Diskussion um das
Ehescheidungsrecht

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 0153
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 27 - 38
Telex: 888 848/888 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Bildungsaufgaben haben Vorrang

Ungleichheit der Chancen muß beseitigt werden

Von Willy Brandt

Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender

Heute sollten alle wissen, daß Bildung nicht auf die Zeit der Schulpflicht beschränkt ist. Immer mehr begreifen wir Bildung als einen lebenslangen Lernprozeß. Er setzt bereits beim Kleinkind im Elternhaus ein und bedarf zunehmend der Unterstützung durch gesellschaftliche Unterrichts- und Erziehungseinrichtungen.

Ungleiche Bildungschancen werden vor allem durch unterschiedliche Milieueinflüsse verursacht, deren Kinder im vorschulischen Alter in besonderer Weise ausgesetzt sind. Diese Ungleichheiten werden noch verstärkt durch die strukturell bedingte negative soziale Auslese des überkommenen Schulwesens. Deshalb brauchen wir ein umfassendes Bildungssystem, das von der vorschulischen Erziehung über die Pflichtschule für alle Kinder und Jugendliche bis hin zur freiwilligen Weiterbildung der Erwachsenen reicht und darauf gerichtet ist, die individuellen Fähigkeiten, Neigungen und Interessen jedes einzelnen zur vollen Entfaltung zu bringen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat maßgebend dazu beigetragen, daß die entscheidende Bedeutung der Bildungsreform für die Zukunft unserer demokratischen Industriegesellschaft erkannt werden ist. Dementsprechend hat sich die erste von Sozialdemokraten geführte Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 zum Vorrang der Bildungsaufgaben bekannt.

Mit dem Bildungsbericht - der die Reformvorschläge der SPD aufgegriffen hat - hat zum erstemal eine Bundesregierung eine klare Konzeption zur Bildungsreform vorgelegt. Ihr Ziel ist es, unabhängig von sozialer Herkunft, Alter und Geschlecht des einzelnen, gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen. Jeder muß sich darüber im klaren sein, daß dies ein langer und mühsamer Weg ist. Aber es ist unser eindeutiger Auftrag, die Demokratie als Lebensform zu sichern und zu verbessern. Dazu brauchen wir mündige Menschen, die ihr Leben selbstbewußt und mitverantwortlich führen können.

Die Aussöhnung mit Polen

Historische Bedeutung einer Notwendigkeit

Von Herbert Wehner MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD und SPD-Fraktionsvorsitzender

In den letzten Monaten haben viele Mitglieder des Bundestages Gelegenheit gesucht und gefunden, sich in Polen umzusehen und umzuhören. Ungeachtet aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten gibt es in den Schilderungen ihrer Eindrücke Übereinstimmung darüber, daß mehr getan werden müßte, damit Deutsche und Polen mehr voneinander wissen. Ganz ähnliche Bemerkungen findet man auch in Berichten, die von polnischen Besuchern der Bundesrepublik gegeben werden. Es bleibt die Frage, was getan werden kann und muß, damit Deutsche und Polen mehr voneinander wissen.

Es kann sich nicht nur darum handeln, den Touristenverkehr zu erleichtern. Auch das ist notwendig, aber es zeigt sich, daß ein geregeltes Verhältnis zwischen beiden Staaten die entscheidende Voraussetzung für einen intensiveren Touristenverkehr ist. Es kann sich auch nicht nur darum handeln, mehr objektive Beschreibungen lesen zu können, so wichtig es ist, daß man bei uns besser informiert wird über das Leben und seine Probleme in Polen und umgekehrt. Um einander besser kennen und verstehen zu lernen, bedarf es des Ausräumens sowohl von Vorurteilen als auch von Argwohn.

Im Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für Zeitgeschichtliche Fragen wurde zu dem am 12. August 1970 in Moskau unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik

Deutschland und der UdSSR geschrieben, daß mit dem Moskauer Vertrag Schutt abgetragen worden sei, der mehr als 25 Jahre alt ist, und der Moskauer Vertrag sei möglich geworden. "weil beide Seiten verständigungsbereit waren und von ihren früheren Maximalzielen abrückten". Für den Vertrag, den Bonn und Warschau miteinander zu schließen beabsichtigen, gilt das zweifellos nicht weniger.

Nachdem im Moskauer Vertrag beide Seiten konstatiert haben, daß sie heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich betrachten, "einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet", dürfte es kein unüberwindliches Hindernis gegen eine in Polen und in der Bundesrepublik gleichermaßen zu treffende Feststellung geben. Einwände, die in einem Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geltend gemacht werden, vermögen nicht, die Notwendigkeit eines geregelten Verhältnisses zwischen beiden Staaten auszuräumen. Auch die CDU/CSU betont, sie trete für die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen ein. Doch sie versucht noch immer, der Notwendigkeit, die sich heute ergibt, auszuweichen und sie auf später zu verschieben.

Wer sich jetzt der Notwendigkeit verschließt, ein geregeltes Verhältnis zwischen Bonn und Warschau durch einen von der Bundesrepublik tragbaren Beitrag zustandezubringen, der darf sich nicht wundern, wenn auf der anderen Seite die Stimmen überwiegen, die der polnischen Regierung die Ablehnung jeder Art von Vertrag mit der Bundesrepublik empfehlen oder geradezu zur Pflicht machen wollen. Bekämen diese Stimmen das Übergewicht, stünden wir alle für geraume Zeit wieder vor einem Schuttberg. Kommt es hingegen zu einem Vertragsabschluß zwischen Bonn und Warschau, so eröffnen sich Möglichkeiten, wechselseitiges Verständnis in bisher nur schwer vorstellbarem Ausmaß zu erwecken und wirken zu lassen. Die Entscheidung sollte niemandem schwer fallen. Die Verständigung und Aussöhnung mit Polen hat den gleichen historischen Rang wie die Aussöhnung mit Frankreich.

Die DDR und die Friedenspolitik

Eine Analyse der Taktik der Ostberliner Regierung

Von Kurt Mattick SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Das Echo auf die Ostpolitik der Bundesregierung war und ist weitweite Zustimmung und hoffnungsvoll. In der westlichen Welt haben Regierungen und Völker von uns einen Schritt in dieser Richtung erwartet und die ersten Ergebnisse begrüßt. Wer Gelegenheit hatte, sich in den kommunistisch regierten Ländern umzusehen oder umzuhören, weiß, daß schließlich dort alle Regierenden und Regierten im Schnitt für den deutsch-sowjetischen Vertrag sind. Aus verschiedenen Motiven und Vorstellungen finden sie alle in den möglichen Auswirkungen des Vertrages und der daraus sich ergebenden weiteren Verträge einen Hoffnungsschimmer: mehr Sicherheit für eine friedliche Entwicklung, bessere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West und damit auch Anschluß an die industrielle Leistung des Westens, mehr Bewegungsfreiheit und Freizügigkeit sowie ein Auftauen der starren Fronten durch kulturelle und gesellschaftliche Beziehungen.

Nur in der DDR geht die Schere zwischen Regierenden und Regierten weit auseinander. Die Menschen, die ohne jede Freizügigkeit nach wie vor von ihrer Regierung voller Mißtrauen unter Kuratel gestellt sind und denen der Blick in das westliche Europa mit allen Mitteln verbaut wird, erhoffen sich von dem Vertrag eine Auflockerung in Europa, der sich dann ihre Regierung auf die Dauer auch nicht entziehen könnte. Die SED-Führung setzt zurzeit alles daran, diesen Prozeß aufzuhalten oder ganz zu stoppen. Während sich die Bundesregierung durch den Vertrag mit der Sowjetunion bereit erklärt hat, den Status quo - wie er sich nach dem Kriege in Europa entwickelt hat - zu respektieren und als unantastbar zu achten, will die SED-Führung den gleichen Beitrag bezogen auf Berlin auch dann verweigern, wenn daran die Friedenspolitik scheitern würde. So steht es jedenfalls gegenwärtig aus.

Die Entwicklung der Nachkriegszeit hat bestimmte Faktoren geschaffen, die durch die Uneinigkeit der Siegermächte entstanden sind. Zu diesen Faktoren gehören leider die deutsche Spaltung sowie die europäische Teilung durch eine von den

Kommunisten errichtete ideologische Front mit dem Ergebnis zweier Militärblöcke, der Mauer und dem Stacheldraht. Als besonderes Menetekel blieb ein gespaltenes Berlin. In Berlin-West ist eine Politik entwickelt worden, die von der Bevölkerung durch klare, eindeutige Mehrheitsentscheidungen gewollt war und ist. Ohne Rücksicht auf den Viermächte-Status der Stadt hat die SED-Führung in Berlin-Ost ihre Hauptstadt errichtet mit dem Ziel, West-Berlin aufzusaugen. Dies ist genau so wenig gelungen, wie die roll-back-Politik von Adenauer und Dulles von Erfolg gekrönt war. Das Ergebnis ist der heutige Zustand.

Mit der Vertragspolitik soll dieser Zustand in dem Sinne anerkannt werden, daß ihn jeder als einen sanktionierten Zwischenzustand akzeptiert und achtet, bis es irgendwann eine Auflösung der ideologischen Unvernunft gibt und Europa sich zusammenfindet. Zu diesem Zwischenzustand gehört auf alle Fälle auch die Respektierung des Willens der Bevölkerung von Berlin-West. 2,15 Millionen Deutsche wollten und wollen unter den heutigen Bindungen der Stadt an die Bundesrepublik und den Westen und unter dessen Schutz leben.

Dies mag der SED-Führung nicht passen. Uns paßt auch vieles nicht, was die Kommunisten getan haben und tun. Wir haben in Erfurt und Kassel und in Moskau erklärt, daß wir mit gutem Willen den Frieden in Europa gemeinsam sichern wollen und daher keine Änderungen mit Gewalt anstreben und auch keine durch den Vertrag beanspruchen. Dies setzt voraus, daß es von der anderen Seite das gleiche Entgegenkommen gibt. Wir verlangen daher auch für Berlin-West keine Veränderung. Wir verlangen eine Respektierung des vorhandenen, gewachsenen Zustandes. Wir erwarten freie Zugangswege, wie es im Frieden überall in Europa an den Grenzübergängen üblich ist.

Obwohl wir uns nicht denken können, daß auf die Dauer die Sowjetunion das Spiel der SED-Führung mitmacht, und daß die Sowjetunion ihre Vorbehaltsrechte in Berlin-Fragen nicht in Anspruch nimmt, liegt der "schwarze Peter" jetzt eindeutig in Ost-Berlin. Dies sollten wir deutlicher machen und all denen klar sagen, die an dem Vertragswerk ernsthaftes Interesse haben. Wer die Ostpolitik der Bundesregierung bejaht und irgendwelche Beziehungen zu Ost-Berlin hat, sollte dort darauf hinweisen, daß die Politik der DDR-Führung auch gegen die Interessen ihrer Freunde gerichtet ist. Die SED-Führung beharrt noch auf ihrem "Alles oder Nichts". Das ist immer das Verlangen nach Kapitulation des anderen. Das kann nie eine freie Vereinbarung ergeben und auch keinen Frieden bringen.

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes (3. Fortsetzung)

Klaus Schütz: Der Status von Berlin

Es sei denn, man könnte wahrscheinlich machen, daß aus der europäischen und aus der weltpolitischen Konstellation heraus der Ansatz zu finden ist, der die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Vereinigung der Deutschen heute als Hoffnung aufweist mit einem Anspruch, auch nur andeutungsweise berechtigt und nicht vielmehr als Traum - losgelöst von der Realität - oder gar als Illusion genannt zu werden. Dafür spricht aber nichts.

Das Anerkennen der Realitäten in Deutschland und in Europa, das Akzeptieren der Tatsachen ist die Grundlage, die einzig tauglich ist für Fortschritte auch und gerade in Berlin. Zu den Wirklichkeiten in Europa von heute gehört die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, gehören Ost-Berlin und die DDR, gehört die Westgrenze der Volksrepublik Polen. Zu den Wirklichkeiten heute gehören die Machtstrukturen so wie sie sind und so wie sie diese Grenzen garantieren. Nur das Anerkennen dieser Tatsachen - wechselseitig von Ost und von West - kann Grundlage für eine Zukunft Europas und damit auch Deutschlands sein, die gesichert und ungefährdet ist und die friedlich genannt werden kann.

Natürlich ist es so, daß die Deutschen und also auch die Berliner zusammenleben wollen. Deshalb muß festgehalten werden, daß Feststellungen dieser Art nichts gemein haben mit Resignation oder Verzicht oder Ausverkauf nationaler Interessen. Der alte deutsche Staat, das frühere Deutsche Reich - sei es in den Grenzen von 1971, von 1914, von 1937 oder von 1939 oder von 1945 - ist unwiderruflich Historie. Zu diesem Wissen gehört, daß es heute angesichts der Machtstrukturen in Europa und angesichts der Machtverhältnisse in der Welt und angesichts der Unmöglichkeit eines Krieges nicht mehr denkbar ist, Politik in den Denkkategorien des traditionellen Nationalstaatlichen machen zu wollen.

Nur wer die Zukunft der 77 Millionen Deutschen in beiden Staaten wieder in ein nationalstaatliches Korsett zwingen will, ist gezwungen, die Perspektiven dieser Zukunft - auch dort, wo man sie sich gemeinsam vorstellen kann - negativ, wenn nicht furchtbar darzustellen. Das beabsichtigt weder die Bundesregierung, noch ist es eine Vorstellung in Berlin. Ziel und Regulativ für alle Aktivitäten ist eine europäische Friedensordnung.

In Übereinstimmung mit der Bundesregierung gehen die Berliner davon aus, daß vom Bestehenden, vom Gegebenen ausgegangen werden muß, um die Fragen, die in Europa, in Deutschland und auch in Berlin beantwortet werden müssen, zu regeln und auf eine europäische Friedensordnung hin Lösungen anzustreben. Jedes Land muß die Sicherheit haben und die Gewißheit, daß an diesen Gegebenheiten, an diesen Realitäten nichts gegen seinen Willen oder gar mit Gewalt geändert wird.

Dies wird mit Recht von der Bundesrepublik und West-Berlin in Anspruch genommen, dies gilt auch für die DDR und - das ist auch von West-Berlin aus zu sagen - für Ost-Berlin. Anders ausgedrückt:

die politische Landschaft Europa wird genommen, wie sie ist. Sie bleibt in dem Rahmen, in dem sie ist, aber sie wird qualitativ verändert, sie wird verbessert auf mehr Frieden und auf mehr Sicherheit für alle hin.

Das bedeutet nicht, daß vor der Undurchlässigkeit und vor der Unüberwindbarkeit der Grenzen durch Berlin und durch Deutschland und der Grenzen in Europa resigniert oder gar kapituliert wird, es bedeutet vielmehr, alles Erdenkbare und Zumutbare und Vernünftige zu tun, um diesen Grenzen über die Zeit und Schritte um Schritt den Charakter des Trennenden zu nehmen. Den Westeuropäern bedeuten die Grenzen zu ihren Nachbarstaaten - zumal für den privaten Bereich - fast nichts mehr. Das gleiche gilt es für die Grenzen in Deutschland zu erreichen und für die Grenzen nach Osteuropa hin.

Bei aller Beachtung der juristischen Notwendigkeiten ist man in Berlin aus Erfahrung geneigt, der Praxis des Lebens, dem Erleichtern der Lebensumstände den Vorrang vor staatlichen, auch nationalstaatlichen Vorstellungen oder Konstruktionen zu geben. Berlinisch ausgedrückt: Es ist wichtiger, daß Frau Müller aus West-Berlin wieder einmal, wie es zeitweise von 1963 bis 1966 durch Passierscheinvereinbarungen möglich war, zu ihren Angehörigen nach Ost-Berlin gehen kann, und daß diese in absehbarer Zukunft auch einmal nach West-Berlin kommen können, als daß lediglich Wiedervereinigungsappelle formelhaft repetiert werden und als daß Befriedigung in Reden von der Einheit Deutschlands zumal noch in den Grenzen von 1937 gesucht wird, Reden und Beschwörungen, die sich am Ende doch nur - objektiv gesehen - als Propaganda erweisen. Mit bloßer Propaganda war den Deutschen und war Berlin in der Vergangenheit nicht gedient. Sie hilft heute noch weniger.

Aus diesen Zusammenhängen und aus dieser Einschätzung ergibt sich das Verhältnis zum Status von Berlin. An ihm will niemand in West-Berlin etwas ändern, und an ihm wird eindeutig nichts verändert werden. Es darf daran erinnert werden, daß es immer andere waren, die in Berlin durch Drohung und durch Gewalt versuchten, die Ergebnisse der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zu revidieren. Dem wurde in der Vergangenheit seit 1946 und vor allem 1948 und 1958 widersprochen, und auch jetzt ist es klar, daß es Verbesserungen nur geben kann und geben wird, wenn alle Beteiligten bereit sind, den Status von Berlin - so wie er heute, 25 Jahre nach Ende des Krieges, ist - zu respektieren, wenn damit alle Beteiligten die Realität West-Berlin anerkennen.

Es kann durchaus sein, daß im Zusammenhang mit Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Gewaltverzicht, daß in der Verhandlungen der drei Westmächte mit der Sowjetunion über Berlin und vielleicht auch einmal im Zusammenhang mit Verhandlungen der Bundesrepublik und der DDR es zu Verbesserungen für Berlin und die Berliner kommen wird.

(4. Fortsetzung und Schluß folgt
am 23. Oktober 1970.)